

Die Zensur.

Klecks“ eigentlicher Ursprung. Die Verwaltungsbehörde: das ist Ministerium des Innern, Statthaltereie und Polizeidirektion (in der Provinz: Bezirkshauptmannschaft); die Verwaltungsbehörde: das bedeutet, daß die Zensur im Namen, Auftrag und unter Verantwortlichkeit des Ministeriums des Innern ausgeübt wird. Die Zensur, das muß man feststellen, ist einfach Polizeisache. Ein nicht gerade unbezweifelbares Gefühl sträubt sich gegen die Vorstellung, daß die Presse heute schlechtweg unter Polizeiaufsicht steht, und so läßt man sich durch den Schein täuschen, daß dabei noch immer die Staatsanwälte hantieren, und meint dann, daß das gegenwärtige Unterdrücken von dem früheren Konfiszieren nicht sehr unterschieden sei. Aber es ist erstens nicht richtig, daß es der Staatsanwalt sei, der die Veröffentlichung verbietet. Das Verhältnis hat sich auch im Innern gründlich verschoben: während beim Konfiszieren die Polizeipolizei das Hilfsorgan ist, der Staatsanwalt es ist, der die Beschlagnahme ausspricht, ist heute das Hilfsorgan der Staatsanwalt, der entscheidende Faktor, derjenige, der das Erscheinen oder die Verbreitung von Druckschriften einstellt, die Polizei; und daß in der Regel die Anordnung der Herausnahme (wie der Fachausdruck lautet) ausreicht, die Einstellung formell nicht erfolgen muß, kann die Rechtslage nicht verändern. Und diese ist, daß alles Verbieten, alles Unterdrücken von Veröffentlichungen durch den Druck auf die Befugnis der Polizei zurückgeht, Zeitungen einstellen zu können (wobei die Staatsanwälte im Grunde nur nichtamtlich mitwirken, gleichsam ihre vielbewährte Erfahrung im Unterdrücken beistellen), welche Befugnis ihre Quelle wieder natürlich in der Gewalt des Ministers des Innern hat. Die Zensur, das halte man fest, hat ihren Sitz, ihre Amtsstelle im Ministerium des Innern.

Diese weitläufige Auseinandersetzung war notwendig, um dem öffentlichen Bewußtsein endlich klarzumachen, was die Zensur ist und wer ihre Art und Uebung zu verantworten hat. Dieses Bewußtsein, daß man sich mit der Beschwerde und mit der Forderung nach Abhilfe an den Minister des Innern zu wenden habe, konnte sich wohl auch deshalb nicht einstellen, weil es so ziemlich jeder Aussicht entbehrt, dem Herrn Baron Heinold für diese Sache ein Interesse abzugewinnen. Ohne den gewesenen Minister kränken zu wollen, wird man wohl auch sagen dürfen, daß seine politische Qualität nicht ausgereicht hätte, um gegenüber den Allzuvielen, die Unterdrückungen verlangen und die schöne Gelegenheit des Ausnahmezustandes zu benützen gedenken, mit der ganzen widerwärtigen Pressfreiheit aufzuräumen, das wirkliche Rechtsverhältnis, wonach hier seine Zuständigkeit auftritt, durchzusetzen. Von dem Prinzen Hohenlohe wird aber wohl niemand meinen, daß er fähig wäre, sich von seiner Verantwortung wegzuschleichen, daß er, wenn an ihn appelliert wird in einer Sache, die ihn rechtlich und gesetzmäßig angeht, die Achseln zucken könnte und sich auf anonyme, mysteriöse Gewalten und Faktoren, wie man zu sagen pflegt, ausreden wollte. Wobei man immer feststellen muß, daß es sich bei der Klage über die Zensur viel weniger um das Zurückhalten und Unterdrücken von Nachrichten handelt, wo der Einwand immerhin gelten kann, daß da manchmal Pläne, Absichten oder Vorbereitungen gestört werden könnten, sondern um das Unterbinden jeder Kritik, um jene Zensur eben, die das gesamte Tun und Verhalten der Verwaltung außerhalb aller Prüfung setzen möchte, um jene Zensur, die das freimütige Wort vernichten

und den Zeitungen nur die Bewunderung der Taten der hohen Obrigkeit erlauben mag. Das hat nichts mit dem Kriege zu tun, das hat mit den militärischen oder diplomatischen Notwendigkeiten nichts zu schaffen:

So war es bisher, aber so kann es nicht weiter bleiben. Wenn in eine Regierung drei Männer mit Weitblick und modernem Sinn eintreten, so wird der dumpfe Bann, der bisher auf unserem innerpolitischen Leben lag, doch weichen müssen und den Rechten der Staatsbürger wenigstens das bescheidene Gebiet eröffnet werden, das in der Freiheit der Kritik in der Presse liegt.

Deshalb erwartet die von dem Drucke der Zensur gequälte Presse von dem Prinzen Hohenlohe, daß er seine Verantwortung als derjenige, dem die Führung der politischen Verwaltung anvertraut ist, nicht bestreiten und nicht abschieben werde. Und sie hofft darauf, daß er,

der Freiheit, in deren Namen wir diesen Weltkrieg führen, auch in Oesterreich Raum geben wird.